

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Frankreichs Erfahrungen mit der Stabilisierungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1964) : Frankreichs Erfahrungen mit der Stabilisierungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 12, pp. 535-537

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133440>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Frankreichs Erfahrungen mit der Stabilisierungspolitik

Alfred Frisch, Paris

Im Sommer 1963 stand Frankreich vor der Gefahr, seine europäische und internationale Konkurrenzfähigkeit zu verlieren. Der Vorsprung, den es sich durch seine geglückte Abwertung von Ende 1958 — sie wurde mit einem soliden Sanierungsprogramm verbunden — gesichert hatte, war inzwischen fast völlig verlorengegangen. Der französische Finanzminister Giscard d'Estaing hatte zunächst Mitte 1962 die französische Inflationsgefahr erheblich überschätzt, und seine Warnungen, die der Wirklichkeit nicht ganz entsprachen, wurden damals nicht ernst genommen. Anfang 1963 schlug er eine entgegengesetzte Taktik ein, und sein nur zur Schau gestellter Optimismus veranlaßte die französische Regierung zu längerer Tatenlosigkeit, so daß sie schließlich im Sommer vor einer Krise stand. Die sehr deutlichen Warnungen der Europäischen Kommission in Brüssel ließen ihr über die Bedenklichkeit der Lage keinen Zweifel. Außerdem bereiteten die Gewerkschaften, besonders im öffentlichen Sektor, für den Herbst mit Streikdrohungen Lohnaktionen vor. Ihr Erfolg hätte der Stabilität des Landes den Todesstoß versetzt und über kurz oder lang das Land zu einer neuen Abwertung, bei gleichzeitiger bedenklicher Erschütterung des gesamten Systems des Gemeinsamen Marktes, gezwungen.

Die Ziele des Stabilisierungsprogramms

Im September 1963, unmittelbar nach Beendigung der in Frankreich mit einer „sozialen Ruhepause“ verbundenen Sommerferien, veröffentlichte infolgedessen die Regierung Pompidou ein recht gründlich vorbereitetes, innerlich abgewogenes und dem ersten Anschein nach verhältnismäßig bescheidenes Stabilisierungsprogramm. Es ging darum, vier miteinander nicht leicht zu vereinbarende Ziele auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: Stabilität, Expansion, soziale Gerechtigkeit und eine grundsätzlich liberale Wirtschaftspolitik.

Die Eingriffe der Regierung durften nicht zu einer wirtschaftlichen Stagnation führen, weil hiermit das soziale Gleichgewicht Frankreichs gefährdet worden wäre. Außerdem hatte die Wirtschaft des Landes noch einen erheblichen Rückstand aufzuholen und war zudem verpflichtet, in den kommenden Jahren für verstärkte Geburtenjahrgänge zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Man war sich stets darüber klar, daß es kein Kunststück sei, die Stabilität zu Lasten

der Expansion zu erzwingen oder eine hohe wirtschaftliche Wachstumsrate mit dem Preis einer Inflation zu bezahlen. Die Sanierungsaktion des Jahres 1958 war mit einer sowohl unvermeidlichen als auch damals tragbaren längeren wirtschaftlichen Stagnation verbunden, während die anschließende kräftige Expansion ohne Zweifel von Inflationstendenzen begleitet war. Wieder einmal stand daher Frankreich vor der schwierigen Aufgabe, eine ausreichende Zuwachsrate mit der Stabilität zu vereinbaren. Hierbei wollte die Regierung ihre dirigistischen Eingriffe auf ein Mindestmaß beschränken und gleichzeitig nicht den Eindruck erwecken, als verlange sie von den sozial weniger begünstigten Schichten die größten Opfer für den Erfolg ihres Stabilisierungsprogramms. Auch in diesem Punkte hatte sie fast die Quadratur des Kreises zu lösen, denn die bedenklichste Quelle der französischen Inflation war eine über den Produktivitätsgewinn ziemlich stark hinausgehende Zuwachsrate der privaten Löhne, die durch die Anspannung des Arbeitsmarktes verursacht wurde. Ihre Rückwirkungen auf den öffentlichen Sektor und den Beamtenapparat gefährdeten automatisch das Gleichgewicht der Staatsfinanzen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Arbeiter und Bauern in Frankreich rund 90% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung stellen und daher jede Stabilisierungspolitik beiden Schichten zwangsläufig die größten Opfer auferlegt.

Schwerpunkte der Stabilisierungsmaßnahmen

Die im September 1963 von der Regierung beschlossenen Maßnahmen versuchten, diesen verschiedenartigen Erfordernissen so weitgehend wie nur möglich gerecht zu werden. Ihre Schwerpunkte waren die Blockierung sämtlicher Preise, der Beschluß, die Löhne im staatlichen Sektor jährlich nicht um mehr als 4% heraufzusetzen, und eine Verringerung des Fehlbetrages des Staatshaushaltes. Damit war die Zusage verbunden, im kommenden Jahr keine zusätzlichen Kredite zu beantragen.

Der Preisstopp betraf sowohl die Industrie wie auch die Landwirtschaft und die Dienstleistungen, einschließlich der staatlichen Tarife. Verschiedene Maßnahmen zur Anpassung der Tarife der öffentlichen Betriebe sowie der Post an erhöhte Gesteungskosten, die bereits grundsätzlich beschlossen worden waren, wurden so zum größten Teil auf unbestimmte Zeit vertagt. Das

gleiche Schicksal erlitten die Mieterhöhungen. Da die französische Regierung schon lange nicht mehr über einen ausreichenden Kontrollapparat verfügt, verließ sie sich für die Wirksamkeit des Preisstopps auf die Selbstkontrolle der Wirtschaft, in der nicht unberechtigten Annahme, daß sich die einzelnen Betriebe und Handelsunternehmen gegen Preiserhöhungen selbst verteidigen werden. Außerdem durfte die Regierung die zunehmend wirksame Konkurrenz innerhalb des Gemeinsamen Marktes in Rechnung stellen, ebenso die immer wichtiger werdende Rolle der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte usw. Die eigentliche Kontrolle beschränkte sich weitgehend auf diejenigen Erzeugnisse, die den Index der Lebenshaltungskosten bestimmen. Sie lassen sich verhältnismäßig leicht überwachen. Ergänzt wurde der Preisstopp durch eine verhältnismäßig geringfügige Einschränkung der Kredite.

Staatliche Lohnpolitik

Bei den Löhnen wollte die Regierung mit gutem Beispiel vorangehen. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß bei stabilen Preisen nur eine jährliche Lohnsteigerung von 4% hingenommen werden kann. Dieser Satz entspricht ungefähr der globalen Zuwachsrate der Produktivität. Da man den Gedanken einer staatlichen Lohnkontrolle ablehnte, konnte man im privaten Sektor nur auf den guten Willen der Sozialpartner oder den wirtschaftlichen Druck, den die Verhältnisse auf sie ausüben, bauen. Möglichst starke nationale und internationale Konkurrenz bei blockierten Preisen sollte die Unternehmen daran hindern, über das vernünftige Maß hinausgehende Lohnzugeständnisse zu machen.

Als letztes antiinflationistisches Werkzeug diente der Staatshaushalt, der bei dem Umfang der staatlichen Investitionen ein maßgebender Konjunkturfaktor ist. Der in Frankreich seit vielen Jahren übliche Fehlbetrag von 7 Mrd. F, schon lange ausschließlich begründet durch produktive staatliche Investitionen, die verzinst und amortisiert werden, wurde zunächst für 1964 um über 2 Mrd. F verringert. Da die Regierung außerdem ihr Versprechen einhielt, dem Parlament keinen Nachtragshaushalt, wie dies seit Jahrzehnten üblich war, zu unterbreiten, ist durch die über alle Erwartungen hinausgehenden Steuereinnahmen bereits 1964 der Fehlbetrag der Staatskasse restlos verschwunden, was der Regierung gestattet, auf eine geplante größere Anleihe zu verzichten. 1965 werden die Staatsausgaben nicht stärker zunehmen als das Bruttosozialprodukt, d. h. nach den vorliegenden Schätzungen um 7%, während von Anfang an der Fehlbetrag beseitigt wurde und die Regierung zu ihrer Verpflichtung steht, keinen Nachtragshaushalt einzureichen. Die sich hieraus ergebende Entlastung des Kapitalmarktes soll eine gesündere Finanzierung der Investitionen über das Sparkapital gestatten.

Es mag überraschen, daß Frankreich nur eine Lohnsteigerung von 4% für tragbar hält, jedoch mit einer Zunahme seines Bruttosozialproduktes um 7% rechnet.

Hierbei ist zunächst die in Rechnung gestellte Zunahme der aktiven Bevölkerung, u. a. infolge von Einwanderung und Verkürzung der Militärdienstzeit, zu berücksichtigen. Ferner darf nicht außer acht gelassen werden, daß nach Ansicht der Sachverständigen bei stabilen Verhältnissen — in Anbetracht des öffentlichen und privaten Investitionsbedarfs — das Bruttosozialprodukt mindestens um 0,5% mehr steigen muß als die Kaufkraft. Dann aber bleibt immer noch eine Spanne von 1,5 bis 2%, die sich daraus erklärt, daß Frankreich keine absolute Stabilität anstrebt, sondern nur eine relative. Es glaubt, eine Preissteigerung, die dem internationalen und vor allem dem europäischen Durchschnitt entspricht, ohne Gefahr hinnehmen zu können. Stabilität gilt nicht als Selbstzweck und wird auch nicht mit Rücksicht auf Sparkapital und Renten angestrebt, sondern sie ist eng verbunden mit der internationalen Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft.

Nicht immer konsequente Durchführung der geplanten Maßnahmen

Will man die Ergebnisse des Stabilisierungsplanes beurteilen, muß man zunächst ermitteln, wie weit die Regierung ihren eigenen Zielen und Maßnahmen treu blieb, um anschließend eine Bilanz der Erfolge und der Fehlschläge aufzustellen. Die Verwirklichung einer orthodoxen und strengen Finanzpolitik steht außer Zweifel. Ihr wurden selbst die Militärkredite, die eine politische Vorrangstellung besitzen, untergeordnet. Der Preisstopp erfuhr dagegen eine weniger strenge Handhabung. Um die Investitionsgüter brauchte sich die Regierung wenig zu kümmern, da sich hier der Wettbewerb regulierend auswirkte. Für den Rest beschränkte man sich weitgehend auf die vom offiziellen Index der Lebenshaltungskosten erfaßten Waren und Dienstleistungen. Die Vernachlässigung aller anderen Gebiete mit statistisch kaum erfaßten Teuerungswellen führte zu einigen Pannen, z. B. im Fremdenverkehr, denn die Hotel- und Restaurantpreise kletterten ständig und drohten, im Sommer 1964 eine Fremdenverkehrskrise auszulösen. In diesem Augenblick entschloß sich die Regierung, gegen verschiedene Mißbräuche einzuschreiten, ohne allerdings eindeutige Ergebnisse zu erzielen.

Standfest zeigte sich die Staatsführung in der Lohnpolitik für den öffentlichen Sektor. Die Gewerkschaften erkannten ziemlich schnell, daß sie mit Streikbewegungen nichts erreichen konnten. Das Prinzip der 4%igen Lohnsteigerung pro Jahr wird unverändert streng eingehalten, was allerdings weder einige soziale Nebenvergünstigungen noch eine geschmeidigere, d. h. weniger zentralisierte, Handhabung der Lohnpolitik der öffentlichen Unternehmen ausschließt.

Bei der im Interesse der Expansion im Stabilisierungsprogramm vorgesehenen Reform des Kapitalmarktes blieb dagegen die Regierung auf halbem Wege stehen. Es erfolgte zwar eine Entlastung des Kapitalmarktes durch die Staatskasse zugunsten der zu fördernden Privatinvestitionen, aber die Mobilisierung des Spar-

kapitals für die produktive Wirtschaft durch eine zielbewußte Börsen- und Steuerpolitik fand noch nicht statt.

Bisherige Ergebnisse

Eine Bilanz des Stabilisierungsprogramms kann verhältnismäßig leicht aufgestellt werden.

Zwischen dem 1. August 1962 und dem 1. August 1963 stieg der einigermaßen repräsentative Index der Lebenshaltungskosten für 259 Artikel um 4,9%, im zweiten Halbjahr 1963 um 2,09% und im ersten Halbjahr 1964 um 0,84%. Nach vielleicht etwas zu optimistischen Schätzungen der Regierung beschränkt sich die Preissteigerung 1964 auf 1,29% und könnte 1965 unter 1% liegen. Da jedoch die Regierung verpflichtet ist, im kommenden Jahr einige Tarife zu erhöhen und gewisse Preise aufzulockern, dürfte eine Teuerung von etwa 1,5% bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen wahrscheinlich sein.

Die Lohnsteigerungen des privaten Sektors gingen über die Erwartungen der Regierung erheblich hinaus. Der Stundenlohn stieg nach einer offiziellen Ermittlung in neun Monaten zwischen dem 1. Oktober 1963 und dem 1. Juli 1964 um 5,4%, was einem Jahresdurchschnitt von mindestens 6,5% entsprechen dürfte, wenn man berücksichtigt, daß im dritten Vierteljahr die Lohnerhöhungen im allgemeinen verhältnismäßig bescheiden sind. Gewiß, gegenüber der neunmonatigen Vergleichszeit des Vorjahres ist eine Verlangsamung der Lohnsteigerung zu beobachten (von 7 auf 5,4%), für die gleiche Neunmonatsperiode 1961/62 betrug die Zuwachsrate 6,5%, in der Stabilisierungsperiode Oktober 1958 bis Juli 1959 trotz der Francabwertung und ihrer unmittelbaren Folgen jedoch nur 4,4%.

Die Regierung ist sich des teilweisen Fehlschlages ihres Drucks auf die Löhne bewußt. Deswegen hält sie um so mehr am Preisstopp fest, um die Betriebe zu einer vorsichtigeren Lohnpolitik zu zwingen. Gleichzeitig vermeidet sie eine großzügige Kreditpolitik. Entgegen den Erwartungen opferten die Unternehmen den Löhnen einen Teil ihrer Eigenfinanzierungsrate und damit ihrer Investitionsprogramme.

Verlangsamung der Expansion

Während der Arbeitsmarkt ziemlich angespannt bleibt, ist eine mit jedem Stabilisierungsprogramm verbundene Verlangsamung der Expansion, allerdings vorläufig noch in bescheidenen Grenzen, zu beobachten. Der von den saisonmäßigen Schwankungen bereinigte Index der industriellen Produktion ohne Bauindustrie erhöhte sich von der Periode September/November 1963 bis zur Periode April/Juni 1964 von 133 auf 137,5 (1959 = 100). Für 1964 rechnet die Regierung mit einer globalen Zuwachsrate der Produktion (ohne Dienstleistungen) von 4,5%. Die Regierung sieht vorläufig keine Gefahr für die französische Expansion, während die Wirtschaft und auch einige Sachverständige die nähere Zukunft, d. h. das erste Halbjahr 1965, verhältnismäßig pessimistisch beurteilen, zwar keine Stagnation erwarten, wohl aber ein ziemlich fühlbares Zusammenschrumpfen der Expansionsrate. Begründet wird diese Befürchtung mit den finanziellen Schwierigkeiten der Betriebe, die durch den Preisstopp eingeengt sind, jedoch nach den Vorstellungen des Planungsamtes den Anteil der Eigenfinanzierung an ihren Investitionen wieder von 64% im Jahre 1963 auf den Stand von 1960, d. h. 70%, steigern sollen. Da sie weiterhin den Arbeitnehmern infolge des Fachkräftemangels nachgeben, fällt ihnen dies natürlich schwer, während ihnen gleichzeitig die Regierung ziemlich widerspruchsvoll empfiehlt, großzügiger auf den privaten Kapitalmarkt zurückzugreifen. Die Investitionen sind zweifellos zur Zeit der schwächste Punkt der französischen Konjunkturpolitik, während langfristig der Erfolg aller Stabilisierungsbemühungen von der schon lange fälligen und auch eifrig vorbereiteten Rationalisierung des Handels abhängig ist, der häufig die Waren unnötig verteuert und nicht selten mit Kartellmethoden arbeitet. Weitere langfristige Voraussetzungen bilden die bereits kräftig in die Wege geleitete Ausweitung der Berufsschulung und die noch unsichere nationale Einkommenspolitik, die von den Arbeitern erwartet, daß sie ihre Lohnforderungen der wirtschaftlichen Wachstumsrate anpassen und darauf verzichten, sich vorübergehend eine fiktive Kaufkraft zu verschaffen.

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg